Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 51	S0226/19	07.05.2019

zum/zur

A0090/19 Fraktion DIE LINKE/future!

Bezeichnung

Einsatz für Abschaffung der Kita-Elternbeiträge

Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	21.05.2019
Gesundheits- und Sozialausschuss	19.06.2019
Finanz- und Grundstücksausschuss	19.06.2019
Jugendhilfeausschuss	20.06.2019
Stadtrat	22.08.2019

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich gegenüber dem Ministerpräsidenten, den Mitgliedern der Landesregierung, dem Landtag sowie den weiteren zuständigen Stellen des Landes Sachsen-Anhalt für die Abschaffung der Kita-Elternbeiträge einzusetzen und zudem in einem gemeinsamen Brief von Oberbürgermeister und Stadtrat darüber zu informieren und für die baldige Umsetzung dieses Anliegens zu werben.
Über das Ergebnis ist der Stadtrat umgehend vor Ablauf dieses Jahres schriftlich zu informieren.

Begründung:

Andere Bundesländer jenseits Sachsen-Anhalts wie bspw. Niedersachsen, Berlin oder Bremen sind uns voraus und haben die Abschaffung der Kita-Elternbeiträge bereits umgesetzt oder sind dabei. Insofern ist diese Idee keine neue Erfindung, sondern schon eher ein alter Hut. Die chancengerechten Vorteile, die alle Kinder, Elternteile und Familien gleichermaßen in Anspruch nehmen könnten, liegen auf der Hand und sind vielfach entwicklungspsychologisch, pädagogisch und auch steuerrechtlich beschrieben. Auch Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper selbst hat anlässlich der Eröffnung der Magdeburger Armutskonferenz am 06.03.19 im Rathaus unserer Landeshauptstadt in seinem Grußwort auf die damit verbundenen Vorteile hingewiesen und dabei insbesondere den hohen Verwaltungsaufwand bei der Berechnung und Einziehung der Kita-Elternbeiträge angesprochen, der Kraft und Zeit, Personal und Geld in Größenordnungen bindet, das für andere Aufgaben dringend benötigt wird und besser verwendet werden könnte. Die Fraktion DIE LINKE/future! freut sich darüber, dass der Oberbürgermeister diese Ansicht offenbar mit ihr teilt.

Zum Antrag A0090/19 Einsatz für Abschaffung der Kita-Elternbeiträge nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Aus den aktuellen Entwicklungen zum Kostenbeitrag in Sachsen-Anhalt, unter anderem der Beschluss des Fünften Änderungsgesetzes des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes Sachsen-Anhalt (KiFöG LSA), ist ersichtlich, dass das Ziel der weiteren Entlastung von Familien beim Kostenbeitrag verfolgt wird.

Durch die aktuell geplante Änderung der Kostenbeitragssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg, welche noch weitere zusätzliche Entlastungen insbesondere bei Ein-Kind-Familien vorsehen, ist ein Signal in Richtung einer kompletten Beitragsbefreiung gesetzt worden.

Für die Landeshauptstadt Magdeburg ist damit die Grenze des finanziell Machbaren bereits erreicht. Eine weitere Entlastung auf Kosten anderer „Projekte“ ist derzeit nicht vertretbar. Auch der Wegfall des Verwaltungsaufwandes bei der Berechnung und Einziehung der Kita-Elternbeiträge, welche tatsächlich Kraft und Zeit, Personal und Geld in Größenordnungen bindet, stünde nicht im Verhältnis der damit verbundenen Einnahmeausfälle für die Landeshauptstadt Magdeburg.

Dennoch ist die mit der Satzungsänderung geplante Beitragsentlastung ein weiteres Argument, mit welchem gegenüber dem Land für eine Beitragsfreiheit aktiv geworben werden kann.

Gleichwohl ist aber auch bekannt, dass sich in der Landesregierung bereits mit einer Beitragsfreiheit auseinandergesetzt wurde. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat sich bei entsprechenden Beteiligungsprozessen immer als Fürsprecher einer Beitragsfreiheit positioniert.

Im Ergebnis konnte der Landtag jedoch keine Mehrheiten für eine komplette Beitragsfreiheit erreichen.

Der entscheidende Impuls in Richtung Beitragsfreiheit muss vom Land ausgehen. Der Oberbürgermeister als oberster Vertreter der Landeshauptstadt Magdeburg wird sich in dem Rahmen dafür einsetzen, Eltern weiter zu entlasten.

Borris